

Antrag

**der Abgeordneten Stephan Gamm, Birgit Stöver, Dennis Gladiator,
Eckard Graage, Sandro Kappe(CDU) und Fraktion**

Haushaltsplan-Entwurf 2023/2024

Einzelplan 4 Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration

Aufgabenbereich 259 Gesundheit

Produktgruppe 259.03 Gesundheitsförd., Sucht u. Prävention

Einzelplan 9.2 Allgemeine Finanzwirtschaft

Aufgabenbereich 283 Zentrale Finanzen

Produktgruppe 283.01 Zentrale Ansätze I

Betr.: Long-COVID-Forschung, -Behandlung und -Beratung fördern und ver- zählen

Die Betroffenen sind chronisch schlapp und können sich nicht mehr konzentrieren. Das sind nur zwei Symptome bei Patienten, die an Long-COVID erkrankt sind. Hilfe finden sie in Hamburg leider häufig nur in Selbsthilfegruppen – und nicht bei Ärztinnen und Ärzten, so kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die Situation in Hamburg. Es fehle auf ärztlicher Seite oft noch das Wissen für eine gesicherte Diagnose und erst recht für geeignete Therapien.

Die Bundesregierung hat Mitte September gegenüber dem Bundestag im Rahmen einer Kleinen Anfrage angegeben, dass die Datenlage zu Long-COVID-Symptomen weiter unvollständig und heterogen ist. Bisher verfügbare Daten zeigten demnach, dass die Häufigkeit von Long-COVID-Symptomen bei Erwachsenen mit einem Krankenhausaufenthalt infolge einer COVID-19-Erkrankung deutlich höher liege als bei Erwachsenen mit milden oder wenig symptomatischen Verläufen.

Ferner heißt es, dass sowohl bei Erwachsenen als auch bei Kindern und Jugendlichen ein Rückgang der Symptombelastung über die Zeit zu beobachten ist und es Hinweise darauf gibt, dass sich die Häufigkeit von Langzeitfolgen je nach Virusvariante unterscheiden könnte.

Die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung von Long-COVID-Patienten ist ein wichtiges Anliegen. Neben den Hausärzten, die gemeinsam mit Fachärzten eine gute interdisziplinäre, ambulante Versorgung sicherstellen müssen, liegt ein weiterer Schwerpunkt bei den auf schwere oder komplexe Long-COVID-Fälle spezialisierten interdisziplinären Spezialambulanzen insbesondere an Hochschulkliniken. Hier findet auch die wichtige Verzahnung von Forschung zum Thema Long-COVID und der Behandlung und Beratung von Patienten aber auch von Ärzten statt.

Für die CDU ist klar, dass die notwendige Finanzierung dieser wichtigen Arbeit sichergestellt sein und teilweise auch erst ermöglicht werden muss. Um die Forschung, die Beratung und den Informationsaustausch bezüglich Long-COVID in Hamburg sicherzustellen, fordern wir den Senat auf, die hierfür notwendigen Mittel bereitzustellen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Der Ansatz im Einzelplan 4, im Aufgabenbereich 259 Gesundheit, Produktgruppe 259.03 Gesundheitsförd., Sucht u. Prävention wird für das
Jahr 2023 um 2.000.000 Euro und für das
Jahr 2024 um 2.000.000 Euro erhöht.
2. Zur Gegenfinanzierung sind Mittel aus dem Einzelplan 9.2 Allgemeine Finanzwirtschaft, Aufgabenbereich 283 Zentrale Finanzen, Produktgruppe 283.01 Zentrale Ansätze I, Kontenbereich „Globale Mehrkosten“, zu verwenden.